

### TRANSPARENZ NÖTIG

Auch Essen hat einen handfesten Skandal. Der langjährige SPD-Fraktionsvorsitzende Willi Nowack hat inzwischen bestätigen müssen, dass er durch Beraterverträge mit Firmen, die in Geschäftsbeziehungen mit der Stadt Essen standen, viel Geld verdient hat. Nach Zeitungsberichten hatte Nowack u.a. Verträge über rund 500.000 DM für ein Projekt von profima in Rellinghausen, 1,2 Mio. DM für Bauten in Kettwig-Ickten und 1,5 bis 1,75 Mio. DM für das Projekt Bamler Service-Park der Firma mfi. Als Konsequenz aus den staatsanwaltlichen Ermittlungen wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und des Betruges ist Willi Nowack jetzt aus dem Rat ausgeschieden.

Die PDS hat die Überprüfung der Geschäfte durch das Rechnungsprüfungsamt ausdrücklich begrüßt. Es ist im Interesse des ganzen Rates zu klären, ob ein Mitglied politischer Gremien an den Entscheidungen eben dieser Gremien Millionen DM verdient hat oder verdienen konnte. Nicht nur strafrechtlich relevante Punkte sind dabei auszuschließen. Es muss auch geprüft werden, ob die Gemeindeordnung eingehalten wurde. Dort heißt es in § 31: „(1) Der ... in ein Ehrenamt berufene darf weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung einer Angelegenheit a) ihm selbst, b) einem seiner Angehörigen, c) einer von ihm ... vertretenen natürlichen oder juristischen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann ...“

Der „Fall Nowack“ gibt Anlass dazu, erneut über die Transparenz von Ratsentscheidungen nachzudenken. Nur mehr Offenheit und die von der PDS-Gruppe wiederholt geforderte Verlagerung von mehr Entscheidungen in öffentliche Sitzung – gerade bei Planungs- und Vergabeprozessen – kann der Möglichkeit, politische Entscheidungen für den eigenen Geldbeutel zu beeinflussen, Schranken setzen. Die Vorschläge der Initiative „transparency“ sollten von den politischen Gremien erneut geprüft werden.

Gabriele Giesecke

## Bespitzelung und Schikane

### CDU und FDP wollen Sozialhilfeempfänger „sanktionieren“

CDU und FDP haben einen erneuten Vorstoß zur Verschärfung des Drucks auf Sozialhilfeempfänger/innen gestartet. Passend zu der auch von der rot-grünen Bundesregierung forcierten Politik des Drucks auf Arbeitslose, legen sie im Sozialausschuss einen Antrag für „Sanktionen für Sozialhilfeempfänger“ vor. Das Ziel: Die Senkung von Sozialhilfeleistungen. Der Weg: Sozialhilfeempfänger/innen stärker schikanieren und bespitzeln, um Leistungen zu kürzen. Am eigentlichen Problem ändert der schwarz-gelbe Maßnahmenkatalog rein gar nichts. Das besteht darin, dass es in Essen 35.000 Arbeitslose gibt, aber nur 3.000 offene, beim Arbeitsamt gemeldete Stellen.

Obwohl es Regelungen im Sozialhilfe-Gesetz gibt, will die Ratsmehrheit in Zukunft alle arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger/innen dazu zwingen, „jede Arbeit“ anzunehmen, sofern sie den „arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen“ entspricht. Letzteres müsste eine Selbstverständlichkeit sein. Auffällig ist jedoch, dass von tarifrechtlichen Bestimmungen keine Rede ist. Tarifverträge können also gebrochen werden und die Verpflichtung zur Annahme

„jeder Stelle“ lässt auch Stellen zu, die unter dem Sozialhilfesatz liegen – bei Androhung der Kürzung der Sozialhilfe. Immerhin müsste das Sozialamt dann nur ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt zahlen, nicht aber den vollen Regelsatz.

CDU und FDP wollen die 1 Euro-Jobs und den Außendienst des Sozialamtes ausbauen und im Krankheitsfall generell „Überprüfungen durch das Gesundheitsamt“. Ganz unchristlich und wenig liberal unterstellen die beiden Parteien damit pauschal allen Sozialhilfeempfänger/innen, sie wollten nicht arbeiten. Und den Ärzten wird unterstellt, sie würden zu Unrecht krank schreiben – sonst gäbe es keinen Sinn, dass Sozialhilfeempfänger/innen bei Krankmeldung zwangsweise zum Gesundheitsamt geschickt werden sollen. Das so wichtige Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient wird dadurch massiv in Frage gestellt.

### Verelendungsstrategie

Als „pure Stimmungsmache“ hat die PDS-Ratsgruppe die von CDU und FDP beantragten Maßnahmen zurückgewie-

Fortsetzung Seite 2

## „Ja zu Reformen – Nein zu Sozialabbau!“

Unter dieser Losung demonstrierten am letzten Samstag nach Angaben des DGB bundesweit 90.000 Gewerkschafter gegen die „Agenda 2010“ der Bundesregierung. Die größte Demonstration war in Bochum, wo IG Metall-Vorsitzender Zwickel sprach. Auch aus Essen



waren mehrere Busse da. Gefordert wurde u.a. ein kommunales Investitionsprogramm.

sen. Sie sind ein Schritt in eine Verelendungsstrategie, durch die der Zweck des Bundessozialhilfegesetzes, Leuten in Not ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, ausgehebelt wird. Verelendung wird auch auf andere Weise vorangetrieben. Obwohl das von CDU, FDP und Grünen selbst vorgeschlagene Gutachten der Verbraucherberatung (siehe letzte Ausgaben des „Stadttrotinfos“) eine Erhöhung der 2001 auf 230 Euro gekürzten Bekleidungspauschale für notwendig hält, erklärten sich CDU und FDP in der letzten Sozialausschusssitzung lediglich zu einer Erhöhung für Kinder auf 250 Euro bereit. Der Bedarf Erwachsener, darunter viele Alleinerziehende, wird also ausweislich des Gutachtens nicht gedeckt. Sozialhilfeempfänger/innen wird in Essen Geld vorenthalten.

Eine öffentliche Beschäftigungspolitik, ein kommunales Investitionsprogramm und Regelungen zur Grundsicherung auch für Erwerblose werden immer dringender. Angesichts des wachsenden Niedriglohnsektors muss auch eine Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn diskutiert werden. Stattdessen werden die Maßnahmen der „Agenda 2010“ des Bundeskanzlers der derzeitigen kommunalen Beschäftigungspolitik weitgehend den Garaus machen – ohne dass die Kommunen Alternativen auch nur ansatzweise finanzieren könnten. Auch das wird zu weiterer Verelendung beitragen.

Wolfgang Freye

## TERMINE

### Montag, 2. Juni

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1  
Bürgerinitiative West. 19 Uhr, Gaststätte „Schwimmbad West“, Nöggerathbad

### Dienstag, 3. Juni

Treffen zur Bildung einer Initiative gegen das Trinkwasser-Leasinggeschäft. 19.30 Uhr, Apostel-Jugendhaus, Mülheimer Str.

### Samstag, 7. Juni

Aktion des Essener Friedensforums gegen Krieg und Umbau der Bundeswehr zur Eingreiftruppe. 11.00 Uhr, Porschekanzle

### Mittwoch, 11. Juni

PDS-Mitgliederversammlung. 19.30 Uhr, „Haus Kalthoff“, Lenbachstr. 3

### Montag, 16. Juni

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

# Soziale Stadt gegen Metropol-Wahn

## Vorab aus der Haushaltsrede von PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke

### Konzerne und Banken müssen mehr zahlen

Die aktuelle Finanzkrise der öffentlichen Haushalte ist kein Naturereignis und keineswegs so unabwendbar, wie Hans Eichel uns weiß machen will. Sie ist absehbare Folge der Steuerreformen der letzten Jahre. Es ist wirklich unerträglich, dass sich die Konzerne und großen Unternehmen fast völlig aus der Steuerzahlung verabschiedet haben. Der Einbruch bei der Gewerbesteuer ist enorm. Im Haushaltssicherungskonzept von 2001 waren noch 372,6 Mio. Euro erwartet worden, jetzt sind nur noch 241,8 Mio. Euro im Haushaltsplan angesetzt, also 131 Mio. Euro weniger ...

Den jüngst vorgelegten Forderungen der Ruhrgebietsstädte an eine Gemeindefinanzreform können wir uns weitgehend anschließen. Allerdings halten wir an unserer Kritik an der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe fest.

Auch der Städtetag machte seine Haltung Mitte Mai zur Gemeindefinanzreform nochmals deutlich und forderte „... eine modernisierte Gewerbesteuer ...“. In erfreulicher Deutlichkeit distanzierte sich der Städtetag von Vorschlägen des BDI zum Thema Gewerbesteuer: „Allen Versuchen der Wirtschaft, mit einem Zuschlagsmodell die Finanzierungslast von der Wirtschaft auf die Lohn- und Einkommenssteuerzahler verlagern zu wollen, muss eine klare Absage erteilt werden.“ ... Auch weitere Forderungen des Städtetages decken sich mit den Vorstellungen der PDS, so die Reaktivierung der Kapitalgesellschaften als Gewerbesteuerzahler und

die Einbeziehung freier Berufe sowie die Erweiterung der Bemessungsgrundlagen. Darüber hinaus brauchen die Kommunen das kommunale Hebesatzrecht und die Senkung der Gewerbesteuermulage. Die Einführung des Konnexitätsprinzips – „wer bestellt bezahlt“ – ist überfällig ...

### Richtige Prioritäten vor Ort?

Hier vor Ort stellt sich jedoch die Frage, ob die Verwaltung, ob Sie, Herr Oberbürgermeister, die richtigen Prioritäten im Haushalt setzen oder die Sparzwänge nicht vorgeschoben werden, um dort Geld abzuziehen, wo Sie es aus politischen Gründen nicht einsetzen wollen? Als einen „strategischen Ansatz“, den Haushalt auf der Ausgabenseite zu konsolidieren, wird – um mit den Worten von Kämmerer Zierold zu sprechen – der „Abbau kommunal belastender Standards“ immer wieder ins Spiel gebracht. Wenn damit soziale Standards gemeint sind, sagen wir hier deutlich nein ...

Die Absenkung sozialer Standards führt zu sozialen Verwerfungen, denn zur öffentlich organisierten Übernahme bestimmter Aufgaben gibt es in der modernen Gesellschaft, in der städtischen Lebensform keine Alternative ... Wir brauchen mehr öffentliche Angebote, wir brauchen mehr und bessere Standards ... Wir lehnen deshalb den weiteren Abbau von Schulhausmeistern ebenfalls ab und setzen uns dafür ein, dass an jeder Schule mindestens ein Hausmeister bleibt. Anders geht es nicht. Schulhausmeister knipsen nicht nur das Licht aus und schließen die Schule ab, sie sind wichtige Ansprech-



### PDS Essen wählt neuen Kreisvorstand

Der PDS-Kreisverband Essen hat einen neuen Kreisvorstand. Nachdem beim ersten Teil der Jahreshauptversammlung am 9.4. 2003 die bisherigen Vorstandsmitglieder Nina Eumann (Sprecherin), Ralf Fischer (Sprecher) und Uwe Hoffmann (Kassierer) wiedergewählt wurden, wählten die 30 stimmberechtigten Mitglieder am 14.6. 2003 drei „neue“ in den Vorstand. Es sind Cornelia Seltmann, Gudrun Huhn und Wolfgang Freye. Mit den Vorstandswahlen ist hoffentlich ein wichtiger Schritt getan, um den Kreisverband rechtzeitig vor den für die PDS existentiell wichtigen Europa- und Kommunalwahlen im nächsten Jahr zusammenzuführen. Das war jedenfalls der deutlich vorgetragene Wunsch der meisten Mitglieder. Die Mitgliederversammlung beschloss, eine offene Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Wahlen einzurichten. Wolfgang Freye wurde auf dem Landesparteitag der PDS NRW am 10./11.5. in Bochum auch wieder in den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt.

wof

partner für Schüler, Lehrer, Eltern, wenn es um die Organisation des Schulalltags geht ... Bei der notwendigen Einführung der Ganztagschule, die jetzt auf der Tagesordnung steht, kommen auf die Hausmeister absehbar noch zusätzliche Aufgaben dazu. Das Festhalten am Hausmeisterkonzept wegen der Haushaltskonsolidierung ist falsch ...

### **Grundsicherung statt Streichung von Arbeitslosenhilfe**

Die PDS lehnt – wie gesagt – auch die von der Bundesregierung geplante Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe nach wie vor grundsätzlich ab. Auch hier findet eine Standardabsenkung statt. Die Einkünfte von rund 90% aller Arbeitslosenhilfebezieher liegen heute über dem Sozialhilfeniveau. Sie werden nicht nur auf das heutige Sozialhilfeniveau gedrängt, sondern darunter ... Wir hier vor Ort werden die Auswirkungen der Verelendung z.B. in Form von erhöhten Ausgaben für Jugendhilfe oder weiterer Verslumung ganzer Stadtteile ausbaden können ...

Die Kommunen hätten allen Grund, deutlich zu sagen: 1. Die Lohnbezogene Bemessung muss erhalten bleiben. 2. Den Unterhalt für alle Personen im erwerbsfähigen Alter muss der Bund übernehmen, auf einem Niveau deutlich oberhalb der Sozialhilfe. Den wirklichen Erfordernissen zur sozialen Absicherung ist nur durch die Einführung einer Mindestsicherung beizukommen. Ein erster, zaghafter Ansatz dazu ist die soziale Grundsicherung im Alter, ihn gilt es auszubauen ...

Das führt mich zu einem weiteren Thema. Die bisher geringen Möglichkeiten der Kommunen zur Beschäftigungsförderung beizutragen, sind im Augenblick in akuter Gefahr. Im Rahmen der Gesetzesänderungen zur Zusammenlegung Sozialhilfe/Arbeitslosenhilfe wird auch diskutiert, die Inanspruchnahme von Arbeitsförderungsmaßnahmen definitiv für Nichtserwerbsfähige auszuschließen. Eine solche Verfahrensweise ist diskriminierend und stigmatisierend – für die Betroffenen und die Gesellschaft.

Wohlfahrtsverbände, Sportvereine, soziale Einrichtungen, sie alle haben Arbeitsplätze geschaffen, soziale Aufgaben konnten zusätzlich z.B. durch Menschen in AsS-Stellen erbracht werden. Wir hier vor Ort wissen, wo der Schuh drückt, deshalb ist ein gemeinsamer Einsatz für den Erhalt unserer Handlungsfähigkeit notwendig ...

### **Stadtplanung setzt falsche Prioritäten** Beim Wohnbauflächenprogramm wer-

den die Prioritäten eindeutig falsch gesetzt. Das Festhalten an diesem Programm gegen alle Widerstände befördert eine städtebauliche Fehlentwicklung ... Der Einwohnerverlust lässt sich so nicht stoppen ...

Wir messen die Projekte daran, ob sie Chancen für die Stadt, Chancen und Nutzen für die Einwohner dieser Stadt beinhalten. Und oft sind es die kleinen Dinge, die ein großes Ding erst nutzbar machen. Bei der bisherigen Entwicklung von Zollverein ist es nicht gelungen, die Menschen der umliegenden Stadtteile wirklich einzubeziehen. Vieles läuft direkt gegen sie, so wenn eine Kleingartenanlage für einen Parkplatz platt gemacht werden soll. Da ist es ein echter Gewinn, dass in der „verbotenen Stadt“ auf Zollverein jetzt endlich eine Currywurstbude den nobleren und damit teureren „Casino“ Konkurrenz macht ... Entwicklung einer sozialen Stadt oder Metropolenwahn – so lässt sich die Debatte um die Entwicklung am Berliner Platz und im Kruppschen Gürtel überschreiben. Der Bau des riesigen Einkaufsmolochs am Berliner Platz würde weiten Bereichen des Essener Einzelhandels den Todesstoß versetzen, die mühsam erkämpfte Belebung der Innenstadt ... konterkarieren. Um der Innenstadt eine nachhaltige Chance zu geben, muss das Wohnen in der City gefördert werden ... Es sollte doch möglich sein gemeinsam mit den Wohnungsbau-gesellschaften der Stadt ein lebendiges und modernes Viertel zu schaffen, dass dann auch Uni und City verbindet. Für eine zukunftsfruchtige Perspektive sollte die Stadt beim Bodenpreis vielleicht mehr Entgegenkommen zeigen.

### **Kein Ausverkauf der Stadt**

In den letzten 10 Jahren fanden in Essen Vermögensveräußerungen in einem dramatischen Umfang statt. Mit ihnen wurden einmalige Effekte erzielt, das dauerhafte Desaster des Haushaltes ist groß wie nie. Eine Bilanz der Privatisierungspolitik ist überfällig. Warum legt die Verwaltung nicht endlich mal ein Konzept vor, was diese Stadt an Vermögen noch hat, was aus Sicht des Oberbürgermeisters und des Kämmers noch verkauft werden soll und was nicht. Dazu gehört dann eine Bewertung der Alternativen. Warum nicht die RWE-Aktien verkaufen, statt die EBE und damit die Müllentsorgung an RWE? ... Aus unserer Sicht muss Schluss sein mit Verkäufen von Einrichtungen, die der Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge dienen. Deshalb darf es kein US-Leasing mit dem Trinkwasser-netz geben ... US-Leasing ist unter den

Verkäufen – ich sage ganz bewusst „Verkauf“ – eine besonders risikoreiche Form der Geldbeschaffung ...

Herr Oberbürgermeister, sie legen uns einen Doppelhaushalt vor, dessen Sinnhaftigkeit gerade angesichts der gegebenen Rahmenbedingungen äußerst fraglich ist. Sicherlich wollen Sie sich und der Ratsmehrheit eine Haushaltsdiskussion im Wahljahr ersparen, aber dies ist weder eine hinreichende noch ausreichende Begründung. Ein Argument für den Doppelhaushalt wäre die langfristige Planungssicherheit. Genau die ist aber nicht gegeben ... Der Haushalt ist doch bereits heute Makulatur und eigentlich eine Bankrotterklärung. Er zeigt, dass es an einem Konzept fehlt, die Probleme von Essen zu lösen ...

Um so weniger ist es einzusehen, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt bei der Haushaltsdiskussion nicht mehr einbezogen werden. Das ist schade und es geht anders. Das gute Beispiel der brasilianischen Großstadt Porto Alegre, einen „Beteiligungshaushalt“ aufzustellen, war auch Pate für mehr Beteiligung in einigen deutschen Städten ... Es wird Zeit, darüber auch in Essen und für Essen nachzudenken ...

---

## **Abschied vom Kuhlhoffbad** **Ein Trauerspiel**

Am Samstag, 24.5.2003, fiel für das Kuhlhoffbad die vorerst letzte Klappe. Eingeweiht wurde der Bürger- und Freizeitpark – natürlich ohne Bad. Und es war ein trauriges Begräbnis. Sogar das Wetter passte zu diesem Tag. Aus dunklen Wolken fiel teilweise Nieselregen, traurige Clowns bemühten sich vergeblich um fröhliche Stimmung und selbst der letzte Protest gegen die Umwidmung des Nord-Bades verlor sich in Tristesse.

Was bleibt sind Fragen: Etwa die nach der Finanzierung. Nach neueren Berechnungen wird sich der jährliche Zuschussbedarf für den Bürger- und Freizeitpark in einer Höhe von etwa 60.0000 Euro bewegen. Eine Summe, mit der man auch ein Bad hätte betreiben können. Zudem fehlt noch die Renovierung des Veranstaltungsraumes und der Mehrzweckhalle. Die Zukunft dieses Geländes liegt noch arg im Trüben.

Am Nöggerathbad fand am Samstagnachmittag ebenfalls ein Treffen statt. Eingeladen hatte die Bürgerinitiative West aus Anlass des Jahrestages des zweiten Bürgerentscheids. Die Initiative rechnet mit über 100 Widersprüchen gegen die Bebauungsplanung.

*Heinrich Hellwig*

## A 52 N UND RUHRALLEE- AUSBAU: KATASTROPHAL

Heftig kritisiert hat die Bürgerinitiative „Stopp A 52“ die auch von der Landesregierung gewollte Aufnahme der Verlängerung der A 52 in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans. Von der geplanten 7 km langen Trasse sollen nur drei kleine Teilstücke von 2,2 km im Tunnel geführt werden. Der überwiegende Teil in offener Bauweise tangiert viele Wohngebiete. Außerdem sind die Abfahrten Vogelheim, Altenessen-Süd und Gerlingstraße vorgesehen. Für die Bewohner der betroffenen Stadtviertel kommt das einer verkehrspolitischen Katastrophe gleich.

Diese wird verstärkt durch den Ausbau der Ruhrallee und die Zusammenfassung mehrerer Teilstücke von Autobahnen oder Schnell-Straßen zur A 535. So entsteht eine neue, äußerst stark befahrene Autobahntrasse in Nord-Süd-Richtung quer durch das Ruhrgebiet und durch die Essener Innenstadt. Mitten im dicht besiedelten Wohngebiet von Huttrop, Frillendorf und Altstadt-Ost würde aus dem derzeitigen Autobahn-Dreieck Frillendorf ein Autobahnkreuz mit der Verkehrslast des Leverkusener Kreuzes entstehen.

„Diesen neuen Durchgangsverkehr wollen wir nicht,“ heißt es in einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative. Wir auch nicht! (nach: Pressemitteilung)

**W**enige Wochen vor seinem 99. Geburtstag verstarb einer der letzten lebenden Zeitzeugen von Faschismus und Widerstand in Essen, Theo Gaudig. Noch im letzten Jahr hat er eine Schulklassse besucht, um über sein Leben zu berichten und aufzuklären. Dabei blieb er stets ein „bescheidener Mensch“, wie es in einem Nachruf in der UZ hieß. Das wurde auch bei einer Trauerfeier am letzten Sonntag im DKP-Zentrum deutlich. Vor einem Jahr hat Theo auf Antrag von PDS und Grünen die Ehrenplakette der Stadt Essen erhalten.



## IMPRESSUM:

„Stadtrotinfo“, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Essen  
An St. Marien 1, 45141 Essen. Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906  
www.pds-essen-im-rat.de,  
e-mail buero@pds-essen-im-rat.de

## AUS AUSSCHÜSSEN UND BEZIRKSVERTRETUNGEN

### SOZIALAUSSCHUSS

#### Beschäftigungspolitik ohne Träger?

Schon bei der Verabschiedung der Tagesordnung kam es in der letzten Sitzung des Sozialausschusses zu einer längeren Diskussion. Der Grund: CDU, FDP und Grüne haben für die Ratssitzung am 28.5.2003 einen Antrag zur „Kommunalen Arbeits- und Beschäftigungsförderung“ vorgelegt, der dem eigentlich zuständigen Sozialausschuss vorenthalten wurde. Hintergrund des Antrages: Die voraussichtlich 2004 in Kraft tretenden Pläne der Bundesregierung zur Umsetzung des Hartz-Konzeptes werden das Aus für „Arbeit-statt-Sozialhilfe“ (ASS) und andere kommunale Beschäftigungsmaßnahmen bilden.

Im Antrag von schwarz-gelb-grün heißt es: „Bestehende ASS-Maßnahmen für Erwachsene ab 26 Jahren laufen aus. Neue Maßnahmen und Verträge werden nicht mehr durchgeführt bzw. abgeschlossen.“ Im folgenden werden zwar Ausnahmen vor allem im Bereich der Berufsbildung aufgelistet, die Grundaussage hat jedoch bereits die Sozialverbände auf den Plan gerufen. Die AWO, das Diakonische Werk und andere Träger öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen sind beunruhigt und haben kritisiert, dass sie nicht beteiligt wurden. Eine Beratung im Sozialausschuss, in dem die Wohlfahrtsverbände Sitz und Stimme haben, wurde auch von SPD und PDS angemahnt. Wolfgang Freye

### BEZIRKSVERTRETUNG III E.-WEST

#### Außenbecken für Oase

Mit der knappen Mehrheit von einer Stimme hat sich die Bezirksvertretung III Essen-West bei ihrer letzten Sitzung für den Bau eines Außenbeckens am Freizeitbad Oase ausgesprochen. Die Entscheidung wurde mit den Stimmen der CDU und einer Stimme aus der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen gefasst. SPD, die Bezirksvertreterin der Grünen und die PDS sprachen sich für eine „kleinere“ Lösung aus, die den Rückbau der Surfswelle, eine Steigerung der Attraktivität der Oase durch einen Eltern-Kind-Bereich und eine möglichst

zügige Wiederöffnung vorsieht. Mit der Entscheidung rückt die Bezirksvertretung faktisch von ihrer Forderung nach der Wiederöffnung des Nöggerathbades ab – gegebenenfalls nach der nächsten Kommunalwahl. Das Außenbecken an der Oase kann aber kein Ersatz für das Nöggerathbad sein. Es soll eine Wasserfläche von ca. 200 qm haben, also etwa 10 mal 20 m „groß“ sein. Bau-rechtlich möglich ist es nur, wenn eine 5 m (!) hohe Lärmschutzwand gebaut wird, in ca. 1 m Entfernung vom Außenbecken.. Viel Spaß wird das Schwimmen dort nicht machen, gleichzeitig ist die Gefahr groß, dass durch Klagen der Anwohner/innen die Lärmschutzwand nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung errichtet werden kann. Die von der BV befürwortete Variante soll 931.000 Euro kosten, fast 400.000 Euro mehr, als die kleinere. Rechnet man den Verlust von rund 1 Mio. Euro hinzu, der der Stadt für Nichts und Wieder-Nichts durch die Verpachtung an Fa. Trenks entstanden ist, kostet die Oase bis zu 2 Mio. Euro. Die Entscheidung über das weitere Vorgehen hat der Sport- und Bäderratsausschuss zu treffen. Bis Juli werden Varianten geprüft. Wolfgang Freye

### ORDNUNGS- UND GESUND- HEITSAUSSCHUSS

#### Straßenstrich Pferdebahn

Nachdem der Regierungspräsident die von der Bürgerinitiative Altendorf beantragte Erweiterung des Sperrbezirks abgelehnt hat, hält die PDS-Gruppe im Rat den Zeitpunkt für gekommen, den Standort endlich auch offiziell zu akzeptieren. „Es macht keinen Sinn, die Augen vor den weniger angenehmen Seiten des Lebens in einer Großstadt zu verschließen,“ so PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke. „Eine erneute Vertreibung würde vor allem die Prostituierten treffen, die ohnehin am schlimmsten dran sind.“ Die PDS-Ratsgruppe hat für die nächsten Sitzungen von Ordnungs- und Gesundheitsausschuss um Berichterstattung über die derzeitige Situation an der Pferdebahn und die Planungen des „Akut“-Arbeitskreises gebeten und dazu einen Fragenkatalog vorgelegt.

**Bestellschein:** Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das „Stadtrotinfo“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße

Postleitzahl, Ort

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201-8602904.